

**Zeitschrift:** Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

**Herausgeber:** Schweizerische Energie-Stiftung

**Band:** - (2007)

**Heft:** 3: Erneuerbare Demokratie

**Artikel:** Die Energieeffizienz haben wir bis jetzt sträflich vernachlässigt

**Autor:** Stockar, Sabine von

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-586483>

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 31.12.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Die Energieeffizienz haben wir bis jetzt sträflich vernachlässigt

Die Stromwirtschaft schreit nach neuen AKW und alle hören hin. Die Meinungen im Parlament sind scheinbar gemacht: Links-grün dagegen, rechts dafür. Wir haben bei der Präsidentin der nationalrätlichen Umweltkommission, Barbara Marty Kälin, über Fortschritte der Energiepolitik nachgefragt. Sie bezeichnet AKW-Befürworter als mutlos und die Einspeisevergütung als ein «Schrittchen» in die richtige Richtung.



Interview von  
**SABINE VON STOCKAR**, Projektleiterin SES

**E&U:** Der Anteil an Strom aus erneuerbaren Energien stagniert in der Schweiz, während er in unseren Nachbarländern wächst. Liegt das an der Politik oder schläf unsere Energiebranche?

« Es liegt an beiden: Die Politik hat für günstige Rahmenbedingungen und die Förderung der Erneuerbaren zu sorgen, die Energiebranche muss diese För-

## ZUR PERSON

Barbara Marty Kälin, geboren im März 1954, ist seit dem Jahr 2000 für die SP im Nationalrat und seit Dezember 2005 Präsidentin der UREK-N (Kommissionen für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrats). Barbara Marty Kälin ist Dozentin für Staatskunde und Patientenrecht. Sie widmet sich zur Zeit jedoch voll und ganz der Politik.

derung dann auch umsetzen. Noch ist aber die Energiebranche zu sehr dominiert von AKW-gläubigen Technokraten-Fossilien, die auch in der Politik leider gut vertreten sind. Ein erster Schritt in die richtige Richtung ist mit der kostendeckenden Einspeisevergütung im Stromversorgungsgesetz gemacht; leider hat der Ständerat hier einen Deckel gesetzt und das verfügbare Geld auf 160 Mio. Franken für die erneuerbaren Energien aus Sonne, Wind und Biomasse limitiert. Dieser Betrag wird rasch aufgebraucht sein. Aber auch bei Solaranlagen stösst man noch immer auf ungeahnte und unnötige Hindernisse, oft in Form von Heimatschutz- oder Denkmalkommissionen, die eine Baubewilligung verweigern. Da sind die kommunalen und kantonalen Behörden gefordert. Ebenso hapert es im Kanton Zürich mit verbindlichen tiefen Energievorschriften; fortschrittliche Gemeinden, die in ihrer Bau- und Zonenordnung beispielsweise Minergie-Standard vorschreiben möchten, können das nicht tun, weil Regierung und Kantonsrat es trotz mehrerer Anläufe nicht fertiggebracht haben, das übergeordnete Baugesetz der Verfassung anzupassen. »

**E&U:** Als Präsidentin der nationalrätlichen UREK erleben Sie die polarisierte Energiedebatte zwischen Politikern und Parteien von nahe. Weshalb hält die Parlamentsmehrheit am Bau neuer AKW fest?

« Das weiss ich eigentlich nicht, gibt es doch nur Gründe gegen neue AKW, aber keine dafür, auch wenn

die Stromer in der Zwischenzeit für ihre angeblich CO<sub>2</sub>-«freien» AKW mittlerweile gar «das Klima» entdeckt haben. Dass sie dabei die katastrophalen Bedingungen beim Uranabbau ebenso ausblenden wie das nach wie vor weltweit ungelöste Problem der Entsorgung des radioaktiven Müll ist bezeichnend für den Röhrenblick der AKW-Befürworter. Ich habe das im Parlament als «Altmännerphantasien» bezeichnet; es hat mit mangelndem Vorstellungsvermögen und Mutlosigkeit, aber auch mit pickelharter Interessenvertretung zu tun. Die Strombarone haben viele Lobbyisten im Parlament, die wollen ihren Strom produzieren und verkaufen und weder Strom sparen noch andere Energieproduzenten neben sich dulden. Es ist deshalb unerlässlich, dass der Geschäftserfolg der Stromunternehmungen von der Menge des verkauften Stroms entkoppelt wird, denn damit wird keinerlei Anreiz zum Stromsparen geboten. Einen gangbaren Weg hat das Elektrizitätswerk Zürich eingeschlagen, indem die ekz-KundInnen umweltfreundlichen Strom beziehen; wer Atomstrom will, muss den ausdrücklich verlangen. »

**E&U: Wie haben Sie in der Debatte zum StromVG (Stromversorgungsgesetz) den Druck der Stromwirtschaft auf das Parlament erlebt?**

« Sowohl direkt als auch indirekt: Einerseits waren die entsprechenden Lobbyisten in der Wandelhalle präsent, die Stromer haben Sessionsanlässe und Informationsveranstaltungen für Parlamentarierinnen und Parlamentarier angeboten, andererseits sitzen einzelne Leute aus der Strombranche auch direkt in der UREK und bringen die fertig vorformulierten Anträge in die Kommission. Ehrlicherweise muss man allerdings feststellen, dass auch die Solarenergie wohl nur dank der Interessenvertreter in der Kommission, insbesondere FDP-Nationalrat Yves Christen aus der Waadt, eine Chance hatte. »

**E&U: Im letzten Frühling wurde das neue StromVG verabschiedet. Ist dieses Gesetz bezüglich Effizienz und Förderung erneuerbarer Energien ein Schritt in die Zukunft?**

« Es ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber er ist zu klein, es ist nur ein Schrittchen: Der Ständerat hat leider auf die kostendeckende Einspeisevergütung bei den erneuerbaren Energien einen finanziellen Deckel gesetzt – von den insgesamt 320 Millionen Franken ist die Hälfte für die Wasserkraft reserviert. Das Parlament ging bei der Energieeffizienz viel zu wenig weit, indem der Energieverbrauch erst im Jahr 2030 auf dem Stand von heute stabilisiert werden soll. Das genügt bei weitem nicht. Ein Verbot der Elektroheizungen haben wir in der Kommission zwar intensiv diskutiert, es war aber chancenlos, ebenso wie ein Verbot des Standby-Modus bei Elektrogeräten. »

## IN ZWEI SÄTZEN

**Welches sind die Stromproduktionstechnologien der Zukunft?**

Sonne, Wind, Biomasse und Wasser.

**Mit welchem Treibstoff betreiben wir in 20 Jahren unsere Autos?**

Mit Biodiesel aus organischen Abfällen.

**Ist die «Stromlücke» mittelfristig ohne AKW und ohne Gaskraftwerke zu schliessen?**

Ja. In einem freien Markt gibt es keine «Stromlücke».

**Wird der offene Strommarkt zu tieferen Strompreisen führen?**

Nein.

**Wie ernst müssen wir den Klimawandel nehmen?**

Sehr ernst. Nur hat die Politik das noch nicht gemerkt.

**E&U: Welche nächsten energiepolitischen Schritte wünschen Sie sich vom Parlament?**

« Der finanzielle Deckel im StromVG muss so rasch als möglich weg und der Stromverkauf muss vom Geschäftserfolg der Stromunternehmungen abgekoppelt werden. Den ganzen Bereich von Wärmeerzeugung und Warmwasseraufbereitung haben wir noch nicht geregelt, ortsfeste elektrische Widerstandsheizungen müssen verboten werden, und die Energieeffizienz haben wir bis jetzt sträflich vernachlässigt. Bei Gebäuden muss Minergie-P der Mindeststandard sein, nachdem Bauten, die nicht nur keine Fremdenergie beziehen, sondern gar Energie liefern, heute machbar sind. Was technisch möglich ist, muss die Politik auch einfordern, und zwar auf allen Stufen. Das spart nicht nur Energie und mindert die CO<sub>2</sub>-Belastung, es schafft auch Arbeitsplätze und Wertschöpfung im Inland. Da kann das nationale Parlament zwar die Rahmenbedingungen vorgeben, aber Bau- und Energievorschriften sind kantonale Hoheit, und deshalb müssen die kantonalen Baugesetze und insbesondere die kommunalen Bauvorschriften umgehend folgen, und da hapert es noch gewaltig. Wir dürfen nicht vergessen, dass Gebäude eine lange Lebensdauer und vergleichsweise lange Erneuerungszeiträume haben. Was heute gebaut wird, steht für die nächsten 50 Jahre, was heute energetisch ungenügend gebaut wird, belastet das Klima der Zukunft. Private Bauherrschaften sind eher bereit, im Minergie-Standard zu bauen, weil sie ganz einfach rechnen und wissen, dass die geringen Mehrkosten beim Bau innerhalb Kürze wettgemacht sind durch tiefere Verbrauchs- und Betriebskosten. Aber wir sind ein Volk von Mieterinnen und Mietern – und die haben in vielen Wohnungen noch nicht einmal eine individuelle Heizkostenabrechnung, geschweige denn Einfluss auf die Wahl der installierten Haustechnik, sondern bezahlen einfach zähneknirschend die Nebenkosten. »